110a 36. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 2. März 1907

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung vom 1. März 1907.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Kirsch** (Ztr.):

Auf den Kreisausschuß ist nicht viel zu rechnen; er besteht nur aus Kommerzienräten und solchen, die es werden wollen. Wenn man jetzt schon landwirtschaftliche Sachverständige anhört, wenn es sich um gewerbliche Anlagen handelt, so ist doch erwiesen, daß unser Antrag notwendig ist. Dieser Umstand spricht doch für uns und nicht gegen uns, wie der Minister meint. Der Antrag soll dem Landwirtschaftsminister Direktiven geben. Ich bitte den Antrag ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Abg. **v. Pappenheim** (kons.):

In den Ausführungsbestimmungen zu § 113 der Gewerbeordnung, bei die Genehmigung von gewerblichen Anlagen regelt, ist von landwirtschaftlichen Sachverständigen keine Rede. Daher haben wir unseren Antrag eingebracht. Gewerblich-technisch und landwirtschaftlich-technisch ist ein großer Unterschied, Herr Minister.

Minister **Delbrück**:

Es liegt ganz in dem Belieben des Kreisausschusses, landwirtschaftliche Sachverständige bei dieser Frage zuzuziehen. Der Antrag erübrigt sich also. Sie wünschen damit nur etwas, was wirklich geschieht. Denn auch der Landwirtschaftsminister nimmt vor mir Stellung in solchen Genehmigungsangelegenheiten, die die Landwirtschaft betreffen.

Abg. Dr. **v. Böttinger** (natl.)

protestiert dagegen, daß der Abg. Kirsch den Mitgliedern der Kreisausschüsse gewissermaßen Streberei vorgeworfen habe.

Abg. Graf **v. Spee** (Ztr.):

Der Minister hat unseren Antrag anscheinend nicht richtig aufgefaßt. Wir wollen dem Landwirtschaftsminister eine entscheidende Stimme geben, nicht nur eine beratende.

Minister **Delbrück**:

Ich werde versuchen, die bestehenden Bestimmungen zu ändern und landwirtschaftliche Sachverständige in stärkerem Maße heranzuziehen.

Ein Vorschlag, den Antrag der Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen, wird abgelehnt. Der Antrag wird dann mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmen Konservative und Zentrum geschlossen und ein Teil der Freikonservativen. Darauf wird in der Etatsberatung weiter fortgefahren. Das Kapitel: Ministergehalt wird bewilligt. Beim Kapitel: Handels- und Gewerbeverwaltung empfiehlt

Abg. Dr. **Brandt** (natl.)

eine Besserstellung der Hafenmeister.

Abg. **Münsterberg** (fr. Vg.)

tritt für die bessere Entlohnung der Lotsen ein. Bisher sei ihre Entlohnung durchaus unzureichend. Der Wohnungsgeldzuschuß sei zwar dadurch etwas höher geworden, daß die Lotsen jetzt zu den mittleren Beamten gezählt werden. Auch das Höchstgehalt sei um 300 Mark erhöht worden. Diese Entlohnung reiche aber für die Beamten nicht aus. Sie stehen schlechter als zum Beispiel die Polizeiwachtmeister. Man vertraut ihnen Werte von Millionen an und verlangt Mut und Entschlossenheit von ihnen. Man dürfe sie daher nicht materiell so schlecht stellen. Auch die Seeoberlotsen stehen nicht besser. Von ihnen erreicht selten einer das Höchstgehalt.

Abg. **Krause**-Dawillen (kons.)

dankt dem Minister für die Besserstellung der Lotsen und die Einreihung unter die mittleren Beamten und bittet um Unterstützung der Seelotsen.

Abg. Dr. **Pieper** (Ztr.)

bittet, die Gewerbeinspektoren besser zu stellen. Es sollte ein besonderes Dezernat für die Gewerbeaufsicht eingerichtet werden.

Abg. Dr. **Goldschmidt** (fr. Vp.)

begrüßt das diesmalige frühzeitige Erscheinen der Berichte der Gewerbeinspektoren. Bedauerlich ist es, daß die Zahl der Unfälle infolge der Tätigkeit der Gewerbeinspektoren nicht zurückgegangen ist. Jeder Betrieb müßte wenigstens einmal im Jahre kontrolliert werden. Besonders in denjenigen Betrieben, wo öfter Unfälle vorkämen, müßten sogar noch öfter Revisionen vorgenommen werden. Nach den Wahlen ist von allen Seiten versichert worden, daß eine energische Sozialpolitik einsetzen müsse, damit das Vertrauen der Arbeiter erhalten werde. Also mache man damit Ernst und ziehe die Arbeiter zur Mitwirkung heran! Schon bei der Grubenkontrolle habe sich hervorgehoben, daß die Beteiligung der Arbeiter bei der Kontrolle eine große moralische Wirkung haben werde. Die Assistentinnen sollten in größerer Zahl bei der Fabrikinspektion herangezogen werden, da ja auch die Zahl der weiblichen Arbeiter immer mehr wachse. Die Frage der Baukontrolle werden wir bei einem anderen Ressort näher zu erörtern haben. Wir fordern aber auch hier die Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle, wie sie schon in Bayern mit Erfolg eingeführt ist. (Beifall links.)

Handelsminister **Delbrück**:

Von den Vorrednern ist die Frage der Gewerbeinspektoren angeschnitten worden. Ich bin Ihnen dankbar für die vielen Anregungen, die Sie durch Ihre Ausführungen gegeben haben. Die Staatsregierung ist selbstverständlich bestrebt, die Zahl der Gewerbeinspektoren zu erhöhen, damit eine stärkere Revision als bisher vorgenommen werden kann. Gerade der laufende Etat bringt eine erhebliche Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Vorredner haben eine Reihe von Fragen angeschnitten, die ich meines Wissens bei den vorjährigen Verhandlungen und zum größten Teil nicht mit einigen Worten abgetan, sondern über die ich mich sehr eingehend geäußert habe. Die Frage der weiblichen Inspektoren, der Vertrauensmänner aus den Kreisen der Arbeiter, die Frage der Anstellung von Gewerbeinspektoren aus den Kreisen der Aerzte habe ich eingehend erörtert, sodaß ich es nicht für zweckmäßig halte, diese Fragen noch einmal zu erörtern und dasselbe zu sagen, was ich im vergangenen Jahre gesagt habe. Das eine steht fest, daß wir die Gewerbeinspektion ausdehnen müssen. Wir werden auch zu einer Ueberwachung der Hausindustrie kommen. Mit diesen Erklärungen will ich mich beschränken.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Eichungsinspektion bittet

Abg. **Lufensky** (natl.),

auch die eine Eichungsinspektion, die noch nicht etatsmäßig sei, zu einer etatsmäßigen zu machen. Es liegt kein Grund vor, daß von elf Eichungsstationen, von denen zehn etatsmäßig seien, nur eine unterschiedlich behandelt würde.

Abg. **Tourneau** (Ztr.)

bittet um Besserstellung der Bureaubeamten bei den Eichungsämtern.

Abg. **Kindler** (fr. Vp.)

hebt gleichfalls hervor, daß die Beamten bei anderen Behörden besser gestellt seien als bei den Eichungsämtern. Insbesondere seien die Eichungsmeister verhältnismäßig schlecht gestellt. Er bitte den Minister um Wohlwollen für diese Beamten.

Abg. **v. Heunigs-Techlin** (kons.)

bittet um Besserstellung der Revierlotsen.

Minister **Delbrück**:

Es ist das nicht gut möglich, da die Revierlotsen nicht voll beschäftigt sind.

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.):

Ich bedauere die ablehnende Stellung des Ministers. Die Wünsche der Revierlotsen sind durchaus berechtigt. Ihr Gehalt steigt überhaupt nicht. Wenn ein Revierlotse 35 Jahre im Dienst gewesen ist, so hat er als 70jähriger Mann keinen Pfennig mehr Gehalt als vor 35 Jahren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel: Gewerbliches Unterrichtswesen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke. Beim Titel Navigationsschulen bittet

Abg. **v. Hagen** (kons.)

um Besserstellung der Navigationslehrer und Vorschullehrer.

Minister **Delbrück**:

Die Navigationslehrer können nicht bessergestellt werden als die entsprechenden Lehrer an anderen Fachschulen.

Abg. **Metzger** (natl.)

empfiehlt gleichfalls eine Gehaltserhöhung der Navigationslehrer, da sie zu den höheren Lehrern zu rechnen seien.

Abg. Dr. **v. Böttinger** (natl.):

Zur weiteren Ausbildung der Navigationsschulen empfiehlt es sich, eine Kommission mit dem Studium der einschlägigen Verhältnisse in England und Holland zu betrauen.

Abg. Dr. **Schröder**-Kassel (natl.)

spricht dafür, daß an die Baugewerksschule in Kassel eine Tiefbauabteilung angegliedert werden möchte. Das Fehlen der Tiefbauabteilung bei den einzelnen Baugewerksschulen wird deshalb unangenehm empfunden, weil die Eisenbahnverwaltungen von den Anwärtern für den technischen Subalterndienst verlangen, daß sie eine Tiefbauabteilung absolviert haben. Der Minister hat das Bedürfnis der Errichtung anerkannt, hat es aber von der Beschaffung der Räumlichkeiten abhängig gemacht, und diese Frage wird in Kassel genügend gelöst werden.

Handelsminister **Delbrück**

gibt eine zusagende Erklärung ab unter der Voraussetzung, daß für die Räumlichkeiten genügend gesorgt werde.

Abg. **Oeser** (deutsche Vp.)

wünscht eine Maschinenbauschule neben der Baugewerksschule in Frankfurt a. M.

Beim Titel Zuschüsse zur Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen dankt Abg. v. Schenkendorff (natl.) der Regierung für ihre Fürsorge auf dem Gebiete der Fortbildungsschulen und bittet sie, diesem Unterrichtszweige auch fernerhin ihre Sorgfalt zu widmen. Wenn wir praktische Sozialpolitik treiben wollen, müssen wir aber auch neue Bahnen einschlagen und uns in anderen Ländern umsehen, um dort zu lernen. Wir sollten uns auch das Münchener Fortbildungsschulwesen zum Muster nehmen. Das Landesgewerbeamt sollte erheblich in seiner Tätigkeit erweitert werden.

Handelsminister **Delbrück**:

Der Vorredner hat unter anderem geraten, für Preußen die Erfahrungen des Münchener Fortbildungswesens zum Muster zu nehmen. Dieser Einrichtung habe ich schon seit jeher Interesse entgegengebracht, und meine Kommissare waren in München, um die dortigen Einrichtungen kennen zu lernen. Wenn einzelne Kommunen geneigt sein sollten, die Münchener Organisation einzuführen, so wollen wir ihnen völlig freie Hand lassen. Im großen und ganzen werden wir aber auf dem bisherigen Wege fortfahren. Zur Einführung des Münchener Systems liegen für die Regierung keine Gründe vor. Die Tätigkeit des Landesgewerbeamtes liegt vor allen Dingen auf dem Gebiete des gewerblichen Schulwesens. Mit der Gewerbeordnung hat dieses Amt nichts zu tun. Ich werde aber der Gewerbeordnung hat dieses Amt nicht zu tun. Ich werde aber bestrebt sein, die Tätigkeit des Landesgewerbeamtes recht umfangreich zu gestalten.

Abg. **Metzger** (natl.)

gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Minister den Ausführungen des Abg. v. Schenckendorff so großes Wohlwollen entgegengebracht habe. Es wäre jedoch sehr wünschenswert, wenn die Regierung über ihre Erfahrungen mit dem Münchener System Mitteilung machen würde.

Minister **Delbrück**:

Auch hier im Hause sind Abendsitzungen keine beliebte Erscheinung. (Heiterkeit.) Auch beim Fortbildungsschulwesen machen wir diese Erfahrungen. So viel es möglich ist, soll der Unterricht nicht in den Abendstunden stattfinden. Aufgabe des Fortbildungsschulwesens soll es einmal sein, das in der Schule erworbene Wissen zu festigen und zu erhalten und für das Leben eine gute Vorbereitung zu geben.

Abg. **Eckert** (freik.):

Ich freue mich, daß der Minister sich im Prinzip für die obligatorische Fortbildungsschule ausgesprochen hat. Ich möchte ihn bitten, auf die noch bestehenden wenigen fakultativen Fortbildungsschulen einen gelinden Druck auszuüben, daß sie sich in obligatorische umwandeln. Dank spreche ich dem Minister auch dafür aus, daß er sich für den Tagesunterricht ausgesprochen hat. Besonderer Wert sollte auch auf das Lehrermaterial gelegt werden. Eine bessere Bezahlung der Lehrer läge nur im Interesse des Schulwesens. Der Minister sollte sich auch angelegen sein lassen, die Verwaltung nicht mit so viel Formalien zu beschweren.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.)

bittet, den Nassauischen Gewerbeverein zu unterstützen.

Abg. **Wolff**-Bieberich (natl.)

betont gleichfalls die Bedeutung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens.

Abg. **Hammer** (kons.):

Eine Neuorganisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens ist dringend notwendig. Das zeigt sich besonders in den Ausführungen, die Stadtschulrat Dr. Michaelis in Berlin in der gemischten Kommission gemacht hat. Er führte darin aus, daß noch nichts fertig wäre, daß alles noch im Werden sei. — Eine sehr wichtige Frage sei besondere die Beschaffung des Lehrerpersonals für die Fortbildungsschulen. Jetzt behelfe man sich mit Lehrern, die in den Volksschulen und in den übrigen Fortbildungsschulen tätig sind. Jetzt und noch in Zukunft werde es an geeigneten Lehrern fehlen. Dr. Michaelis hält die Anlegung der Fachschule an die Fortbildungsschule und eine enge Verbindung zwischen beiden für das in der Gegenwart zu erstrebende Ziel und erklärt zum Schluß für die wichtigste Frage die Beaufsichtigung und Inspektion des gesamten Fortbildungs- und Fachschulwesens. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Rektoren bewußt gegen die Vorschriften handelten und die Stadt geschädigt hätten.

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Ich habe den Zweck nicht recht verstehen können, den der Vorredner mit seinen Ausführungen verfolgt hat. Er hat ausgeführt, daß der Schulrat Michaelis dringende Reformen wünsche. Dazu braucht man aber doch nicht hier das Wort zu nehmen, wenn es nicht seine Absicht war, dem Stadtschulrat Dr. Michaelis eine besondere Anerkennung auszusprechen.

Bei dem Abg. Hammer sind wir allerdings gar nicht daran gewöhnt, daß er die Tätigkeit der Stadt Berlin anerkennt. Wenn es also der Zweck seiner Rede war, die Verwaltung der Stadt Berlin zu rügen, dann scheue ich mich nur seiner Belehrung. Gewiß ist unser Fortbildungsschulwesen noch im Werden. Die Zahl der Schüler hat sich so ungeheuer vermehrt, daß es selbstverständlich ist, daß nicht überall ausreichende Räume vorhanden sind, und daß man Volksschullehrer solange beschäftigen muß, bis geeignete, besonders ausgebildete Lehrkräfte vorhanden sind.

Abg. **Hammer** (kons.):

Bei meinen Ausführungen habe ich nur hervorheben wollen, daß eine neue Organisation des Fortbildungsschulwesens durch eine Zusammenlegung der Fach- und Pflichtfortbildungsschulen erreicht werden soll. Wenn Herr Goldschmidt mich nicht verstanden hat, so liegt das an ihm und nicht an mir. (Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Präsident **v. Kröcher**:

Ich nehme an, daß das Haus sich jetzt vertagen will. (Heiterkeit und Beifall.) Der Präsident fährt fort: Um nicht durch mein Schweigen einen Präzedenzfall zu schaffen, komme ich auf eine Aeußerung zurück, welche gestern in der Generaldebatte gefallen ist. Abg. Freiherr v. Zedlitz hat gesagt: Wenn sich die Sozialdemokratie nach dieser Richtung hin auf den Abg. Trimborn berufen kann, so beweist das nichts anderes, als daß der Abg. Trimborn der Schrittmacher der Sozialdemokratie ist. Meine Herren! Dieser Vorwurf ist ein so schwerer, daß ich ihn nicht als der Ordnung des Hauses entsprechend bezeichnen kann. (Beifall im Zentrum.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonnabend, 2. März, vormittags 11 Uhr. Handelsetat (Fortsetzung). Zentralgenossenschaftskasse, indirekte Steuern, Etat des Finanzministeriums.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutscher Reichstag

7. Sitzung, Freitag, den 1. März.

Am Tische des Bundesrats: Anfangs nur Twele, Capelle und Dr. Fischer, später Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, u. a. Quade, v. Lindequist.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 14 Minuten.

Das Haus ist gut, die Tribünen nicht ganz besetzt.

Erste Lesung des Etats.

(Fünfter Tag.)

Konteradmiral **Capelle**

erwidert auf die gestrige Anfrage des Abg. Gröber, ob die Zeitungsnachricht wahr sei, daß vom Reichsmarineamt Marinesoldatensoldaten und Kanzleibeamte dem Flottenverein zur Verfügung gestellt seien. Diese Behauptungen mußten den Eindruck erwecken, als ob die Ordonnanzen und Kanzleibeamten vom Reichsmarineamt kommandiert worden seien. Das ist nicht zutreffend. Das Reichsmarineamt hat erst durch die Presse davon etwas erfahren. Der Tatbestand ist folgender: Der Sekretär des Flottenvereins, ein früherer Beamter des Admiralstabes, hat sich an einen Kanzleidiener des Marineamts gewandt und ihn gefragt, ob er bereit sei, in seiner freien Zeit beim Flottenverein, bei dem es im Augenblick viel zu tun gebe, tätig zu sein, und ob er auch den einen oder anderen seiner Kollegen mitbringen könne. Das hat er getan, und der Staatssekretär des Reichsmarineamts hat, als er davon erfuhr, die Fortsetzung dieser Betätigung untersagt.

Fürst **Hatzfeld** (Wp.):

Vor 29 Jahren haben noch die großen Parlamentarier aus Deutschlands großer Zeit den Verhandlungen ihr Gepräge aufgedrückt. Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß in unserer Zeit die Parteipolitik einen breiteren Raum eingenommen hat als die große Politik. (Sehr richtig.) Peccatur intra muros et extra, hat Herr Bassermann gesagt, alle Parteien haben mehr oder weniger gesündigt: die Sozialdemokraten, indem sie dem Staate und der Gesellschaft ihre Todfeindschaft erklärten; über die Nationalliberalen hat Herr Bassermann schon gesprochen, und das Zentrum hat gesündigt durch die Abstimmung vom 13. Dezember. Und wenn es wirklich wahr ist, daß Abstimmung nur um eine Lappalie handelte, dann haben Sie erst recht gesündigt. Warum soll da der Flottenverein, der doch so große Verdienste hat, nicht auch gesündigt haben?

Was die Börsenreform anlangt, so bin ich nicht der Meinung, daß die Aufhebung des Terminhandels in Getreide ungünstig gewirkt hat. Sie hat doch die Schwankungen in den Preisen der Körnerfrüchte wesentlich gemindert. In bezug auf das, was mein Freund Gamp über die auswärtigen Anleihen gesagt hat, bin ich persönlich anderer Ansicht als er. Unser wirtschaftlicher Aufschwung, unsere ganze Machtstellung, unsere Exportinteressen erfordern auch solche Handels- und Börsenbeziehungen. Wir halten eine Revision des Krankenkassengesetzes für notwendig und hoffen, daß uns Herr Mugdan dafür wertvolle Fingerzeige geben wird. Herr v. Payer fordert für den preußischen Landtag das Reichstagswahlrecht. Selbst wenn der Ministerpräsident das wollte, würde er es recht. Selbst wenn der Ministerpräsident das wollte, würde er es nicht durchsetzen können. Es wäre nur auf dem Wege des Staatsstreiches möglich.

Wir sind auf das Zusammenarbeiten mit der nationalliberalen Partei angewiesen. Da bedauern wir, daß vorgestern mein Freund Gamp in einer Bemerkung, die nicht so gemeint war und nicht verletzen sollte, die nationalliberale Partei verletzt hat. Wir sind in erster Linie auf die Mitarbeit der nationalliberalen Partei angewiesen, der Partei, die gestern ihren vierzigsten Geburtstag gefeiert hat, und der ich zu diesem Tage noch nachträglich gratuliere. (Lebhafter Beifall. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, wir tun gut daran, die trennenden Momente beiseite zu lassen, und aus den Reden der Herren der verschiedenen Parteien habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieses das allgemeine Bestreben ist. Mein Freund Gamp war der Meinung, daß auch das Zentrum national mit uns arbeiten wird; nach der Antwort, die wir gestern von Herrn Gröber erhalten haben, scheint es mir, daß Sie mehr nach der Richtung der Reinitär als der Natur gehen werden. Wir wollen keinen Kulturkampf, wir wollen keinen konfessionellen Boykott. Wenn in Breslau sämtliche bürgerlichen Parteien sich gegen die Sozialdemokraten zusammengefunden haben, so lag das nicht an einer Animosität gegen die Person der sozialdemokratischen Kandidaten, nein, es war der Terrorismus, den die sozialdemokratische Partei gerade in Breslau ausgeübt hat, vielleicht mehr noch als in anderen Orten, und wovon auch insbesondere die städtische Verwaltung in Breslau ein Lied singen kann. Dort hat das deutsche Bürgertum einschließlich des Zentrums das Ideal verwirklicht, von dem der Reichskanzler neulich sagte, er habe es so lange angestrebt, aber es nicht erreichen können. Das Bürgertum fühlt sich in seinen Empfindungen, in seinen Idealen verletzt durch die Tätigkeit der Sozialdemokratie, die den gesamten Rechtsstaat und die Grundlagen der bürgerlichen und persönlichen Freiheiten und der Individualität dem deutschen Bürgertum nehmen will. Deshalb hat es sich zusammengetan, und das deutsche Bürgertum wird noch weiter von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) abrücken, wenn nicht etwa die verbündeten Regierungen und der deutsche Reichstag große Fehler machen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Semler** (natl.):

Die Aufgabe des zweiten Redners einer Fraktion zum Etat liegt in erster Linie darin, die Angriffe abzuwehren, die gegen die Rede des ersten Fraktionsredners hervorgetreten sind. Demgemäß hatte ich mir zu der Rede des Abg. Bebel eine Reihe Notizen gemacht. Nun sind aber gestern zwei Reden gehalten worden, von den Abgg. v. Payer und Gröber, die meine Aufgabe etwas verschoben haben. Ich habe namens meiner Freunde nicht nur Angriffe abzuwehren, sondern Positives zu bringen. Meinen Zettel über Bebels Rede könnte ich nun getrost zerreißen.